

Formblatt für eine Parlamentarische Bürgerinitiative

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

"Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen"

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Die Problematik betrifft nicht nur Schulen einzelner Bundesländer, sondern ist in allen öffentlichen Schulen Österreichs zu beobachten und daher als Bundeskompetenz einzustufen.

ANLIEGEN:

Die unterzeichnenden Eltern, Großeltern, Lehrerinnen und Lehrer, Bürgerinnen und Bürger der Republik Österreich fordern aufgrund zahlreicher schockierender Vorkommnisse an Schulen und im privaten Bereich den Nationalrat auf, das Thema „Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen“ intensiver zu behandeln.

Folgenden Gefahren und anderen negativen Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sind immer mehr und immer jüngere Kinder ausgesetzt:

- **Cyber-Mobbing, Cyber-Bullying, Cyber-Stalking und Cyber-Grooming:** Laut Forsa-Studie der Universität Münster und Techniker Krankenkasse 2011, waren bereits 32% der Befragten Opfer von Cyber-Mobbing.
- **Videos mit pornographischen und gewaltverherrlichenden Inhalten, Happy Slapping:** „Zwei Jugendliche zünden einen Betrunknen an und filmen, wie er brennt. Drei 14-Jährige vergewaltigen ein elfjähriges Mädchen und senden den Film davon an Mitschüler“ (SZ, 11. Mai 2010), vgl. dazu die Studie von Dr. Petra Grimm, Hochschule der Medien, Stuttgart 2007.
- **Internetsucht:** Laut einer Studie der psychiatrischen Abteilung der Salzburger Landeskliniken und des Instituts für Psychologie der Universität Salzburg sind bereits 2,5 Prozent der Jugendlichen in Österreich internetsüchtig, Jänner 2012.
- **Handystrahlung:** An Schulen in Frankreich wurde im Jahr 2009 zum Schutze der Kinder ein Handyverbot an Schulen eingeführt. Seit 2011 gibt es ein EU-Komitee, das ein Handyverbot an Schulen aufgrund vermuteter Gefährlichkeit elektromagnetischer Strahlung empfiehlt.

Der Nationalrat wird ersucht, unten stehende Forderungen zum Wohl und Schutz unserer Kinder zu diskutieren und umzusetzen.

- Einführung einer verbindlichen Übung zum Thema „Medienerziehung und Umgang mit neuen Medien“ für alle Schülerinnen und Schüler mit fixer Verankerung in den Stundentafeln der jeweiligen Lehrpläne aller Schulformen.
- Verpflichtende Einführung eines Medien-Führerscheins.
- Flächendeckendes Sperren aller Internetseiten mit Kinder- und Jugendverbot nach dem Vorbild von Großbritannien.
- Generelles Handy-, Smartwatch- und Smartbrillennutzungs-Verbot an öffentlichen Schulen An diesen Schulen besteht bereits generelles Handyverbot: Theresianum Wien, Gymnasium Wien Alsergrund, Pestalozzizyngnasium Graz, u.a.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend				
"Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen"				
Erstunterzeichner/in				
Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der
STRAUSS ALICE				
			 Unterschrift